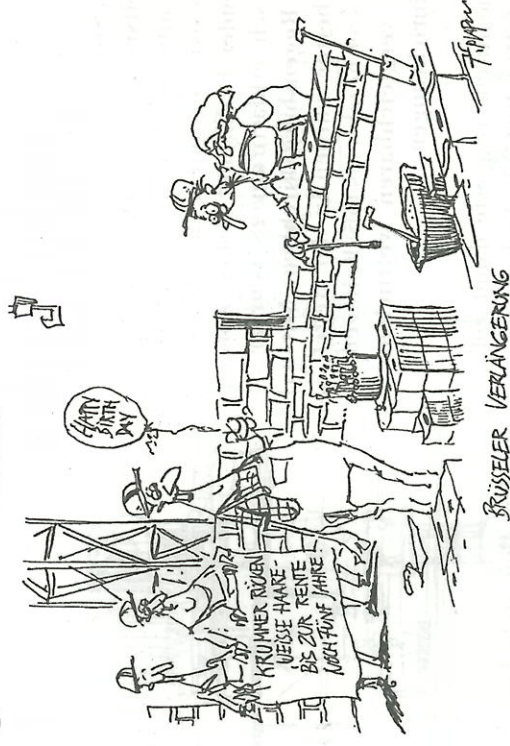


Klares Bekenntnis zur Rente mit 67

Dött warnt vor Aufweichung der Rentenreform



Ein klares Bekenntnis zur Rente mit 67 hat die BKU-Vorsitzende, Marie-Luise Dött, MdB, abgelegt. Sie reagierte damit auf Kritiker, die den zum Jahreswechsel erfolgten ersten Schritt zur Umsetzung des höheren Renteneintrittsalters verschoben wollten.

Die Kritiker argumentierten, ohne bessere Beschäftigungschancen für Ältere führe die Reform zu einer Rentenkürzung. Dem hielt Dött zwei Argumente entgegen:

1. Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit belegen, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland mit 41,04 Millionen einen neuen Höchststand erreicht hat und der Personalbedarf der Unternehmen hoch bleibt. Die Beschäftigungsquote der Älteren hat überdurchschnittlich zugenommen, das tatsächliche Renteneintrittsalter ist gestiegen. Die demografische Entwicklung dürfte diesen Trend noch verstärken. Unternehmen mit

Weitblick setzen schon längst auf einen gesunden Mix aus jüngeren Mitarbeitern mit frischen Ideen und Älteren mit Erfahrung.

2. Die Kritiker eines höheren Renteneintrittsalters müssten klar sagen, welche Alternativen sie haben: Da sie eine Kürzung der Renten ablehnen, bleibe nur eine Erhöhung der Rentenbeiträge oder des staatlichen Zuschusses zur Rentenkasse. Beides würde die mittleren Generationen stark belasten, die schon jetzt unter einer hohen Abgabenlast leiden. Klar gesagt werden müsse auch,

dass die Rente mit 67 nicht auf einen Schlag eingeführt wird, sondern in kleinen Schritten. Für Dött wäre es ein fataler Fehler, diesen langfristigen Mechanismus mit Blick auf die Arbeitsmarktlage kurzfristig immer wieder zu unterbrechen. Dött wörtlich: „Um es einmal klar zu sagen: Man kann Sozialpolitik nicht gegen die Mathematik machen! In Deutschland sinkt die Zahl der Geburten, während die Lebenserwartung steigt. Wir sollten uns über die geschenkte Lebenszeit freuen, aber auch die Konsequenzen für die Finanzierung der Renten im Auge halten.“ Unt

Wolfgang Ockenfels: Zwischenruf

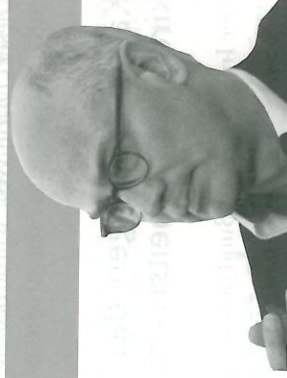
Politisierte Kirche?

Seit jeher hat es die Politik mit innerweltlicher Macht zu tun. Und Demokratie ist bekanntlich eine politische Form, die auf die Herrschaft der Mehrheit hinausläuft. Da die Kirche keine politische Einrichtung ist, lässt sie sich auch nicht demokratisieren. Und ein Staat, der sich mit einer Kirche wechselt, wird totalitär. Diese Gefahr geht vor allem von jenen Politikern aus, die mit quasireligiösen Heilsansprüchen auftreten.

„Kirche ist keine Demokratie“, bemerkte kürzlich Konrad Zdarsa, der Bischof von Augsburg: „Sondern wir sind ausgerichtet auf Christus.“ Diese für Christen

höchst bedeutsame Aussage fand Claudia Roth, die Bundesvorsitzende der Grünen, „höchst bedenklich“, und sie betonte: „Wir wollen keine demokratiefreien Räume in unserer Gesellschaft.“

Das kommt einem alten 68er bekannt vor. Die Parolen liefen damals auf eine Politisierung aller Lebensbereiche hinaus, einschließlich der Unternehmen und Universitäten, der Familien und der Kirchen. Sie alle sollten als Teiler der Gesellschaft demokratisiert werden. Die Demokratie als totale Herrschaftsform konnte sich zwar nicht durchsetzen, wabert aber immer noch in vielen Köpfen herum.



Freilich trifft man auch in kirchlichen Verbänden und Räten auf die Vorstellung, mit der Übernahme demokratischer Willensbildung und Mehrheitsfindung die Kirche so wie eine politische Partei oder einen bürgerlichen Verein leiten zu können. Die Kirche ist aber eher mit einer Stiftung vergleichbar. Ihre Zwecke sind ihr durch Christus vorgegeben, sie sind nicht frei verfügbar. Daran kann nicht einmal der Papst etwas ändern.